



Protokollauszug
zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 07.04.2022, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung
Ludwigsburg**

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

Siehe Protokoll BASEL vom 07.04.2022.

TOP 2

**Verbesserung Radachse Martin-Luther-Straße /
Kurfürstenstraße / Schulradweg BZW**

Vorl.Nr. 061/22

Abweichender Beschluss:

- 1. Der Mobilitäts- und Umweltausschuss beschließt, dass die sichere Schulradroute bis zum BZW über die Wernerstraße/Albrechtsraße und Rettistraße bis zum Ende der Sommerferien 2022 möglichst zeitgleich zu der Basislösung Martin-Luther-Straße und Kurfürstenstraße ausgebaut wird.*
- 2. Der Mobilitäts- und Umweltausschuss beschließt die Umsetzung der Basislösung in der Kurfürsten- und Martin-Luther-Straße im Grundsatz sowie die Verlängerung der Tempo 30-Regelung bis zur Schlachthofstraße.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Es erfolgt eine getrennte Abstimmung zu Ziffer 1 und Ziffer 2.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

TOP 2

**Verbesserung Radachse Martin-Luther-Straße /
Kurfürstenstraße / Schulradweg BZW**

Vorl.Nr. 061/22

Beratungsverlauf:

BM **Manni** eröffnet die Sitzung. Stadträtin **Knecht** stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt zu vertagen, ihr fehle es an einem Gesamtkonzept sicherer Schulradweg.

Nach kurzer Aussprache lässt BM **Manni** über diesen Vertagungsantrag abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: - Stadtrat Rothacker

Im Anschluss erläutern anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) BM **Manni** und der **Leiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität den Sachverhalt und beantworten Rückfragen des Gremiums. BM **Manni** verweist auf einen seit heute vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion, welcher vorsehe, dass die sichere Schulradroute zum BZW über die Wernerstraße/Albrechtstraße und Rettistraße führt und diese vor den Sommerferien 2022 und vor der Basislösung Martin-Luthe-Straße und Kurfürstenstraße ausgebaut werden soll.

Dieses Zeitziel sei nicht möglich. Er erläutert, es bleibe beim bisherigen Radwegekonzept. Daneben solle eine Basislösung über die Martin-Luther-Straße / Kurfürstenstraße angeboten werden. Zeitziel sei, die Arbeiten bis zum Schuljahresbeginn abzuschließen.

Stadträtin **Dr. Knoß** lobt die gute Teamarbeit. Alles was umsetzbar sei, wurde geplant. Es sei eine gute Lösung gefunden worden. Gut sei auch, dass die Vorschläge der Radinitiative Radini aufgenommen worden seien. Eine gute Abbiegesituation sei nun für alle Radfahrer geplant. Die Hauptgefahrenebene sei aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens und der Elterntaxis weiterhin direkt vor den Schulen. Die Albrechtstraße in eine Einbahnstraße umzuwandeln sei eine gute Sache und werde unterstützt. Der Vorlage stimme man gerne zu.

Der sicherste Radweg sei über die Albrechtstraße, stellt Stadtrat **Klotz** fest. Ob dieser Radweg angenommen werde bleibe abzuwarten. Beide Radwegeführungen seien wichtig und sollen zeitgleich - auch wegen des Gewöhnungseffekts - ausgebaut werden. Weiter regt er an, zu prüfen, ob es evtl. sinnvoll sei auf dem Bürgersteig entlang der Martin-Luther-Straße Bügel zum Schutz der Fußgänger anzubringen.

Die Radaufstellfläche an der steilsten Stelle des „Asperger Buckel“ sehe er kritisch. Die Ampelschaltung sei kurz.

Punkt 1 des Beschlussvorschlages könne er uneingeschränkt zustimmen. Bei Punkt 2 sei die

Formulierung „Basislösung“ erklärungsbedürftig. Wichtig sei, dass beide Maßnahmen gleichzeitig umgesetzt werden. Evtl. könne dies durch eine Beschlussergänzung explizit festgehalten werden.

Stadtrat **Rothacker** betont die Wichtigkeit eines sicheren Radweges. Dieser sei über die Wernerstraße. Dies sei auch Wunsch der Schulkonferenz. Einen Schulradweg über die Kurfürstenstraße wolle man nicht. Der Platz reiche, auch aufgrund der Verkehrsinseln, nicht aus. Er werde daher gegen den Beschlussvorschlag in der Vorlage stimmen.

TOP 2**Verbesserung Radachse Martin-Luther-Straße /
Kurfürstenstraße / Schulradweg BZW****Vorl.Nr. 061/22**

Stadtrat **Maier** führt aus, es sei nicht sinnvoll „jetzt die Handbremse zu ziehen“. Man wolle zeitnah zum Ziel kommen. Ohne Frage müssten Radwege gebaut werden, allerdings sei es immer schwierig, Radwege nachträglich zu bauen, ggf. müsse nachjustiert werden. Man müsse zweigleisig arbeiten. Dies stehe auch in der Vorlage, aus seiner Sicht allerdings zu unkonkret. Die Einbahnstraßenlösung sei aus seiner Sicht schnell lösbar, so dass man den Schulradweg hinbekomme. In zeitlicher Hinsicht solle der Beschluss konkretisiert werden. Die Qualitätserhöhung für Radfahrer in der Kurfürstenstraße sei sinnvoll. Die Radfahrer hätten so die Wahl, welchen Weg sie fahren wollen.

Stadträtin **Knecht** erläutert den Antrag der FDP-Fraktion. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei unter Punkt 2 nicht ausreichend ist. Ein unterbrochener Radstreifen mit gefährlichen Abbiegeverhältnissen in der Kurfürstenstraße sei keine Verbesserung für einen sicheren Schulradweg. Sie halte es für wichtig, dass sich die Schüler/innen ab dem neuen Schuljahr 2022/23 - vor der Bauzeit des Bildungszentrums West - an die sichere Radroute über Wernerstraße/Albrechtstraße gewöhnen können. Die Basislösung auf der Martin-Luther/Kurfürstenstraße vorab auszubauen halten sie für kontraproduktiv. Diese solle maximal zeitgleich ausgebaut werden.

Stadträtin **Schmidt** hält die Beschlussvorlage der Verwaltung für gut und pragmatisch. Sie könne zustimmen.

Der **Leiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität führt aus, den Vorschlag zur Installation einer Kamera nehme man mit. Eine zeitgleiche Realisierung der Maßnahmen Schulradweg BZW / Radachse Martin-Luther-Str./Kurfürstenstraße bis zum Schulanfang sei möglich. Die von Stadtrat Klotz angesprochene Aufstellfläche für Radfahrer an der Asperger Straße müsse aufgrund von linksabbiegenden Fahrradfahrern an dieser Stelle verbleiben. Es werde in der Praxis funktionieren, da es faktisch wenige Radlinksabbieger geben werde. Aus Sicherheitsgründen sei die Aufstellfläche aber notwendig.

Das Thema Fahrradstraße in der Wernerstraße sei nicht verworfen, bedürfe aber weiterer Detailbetrachtungen. Eine Fahrradstraße in der Albrechtstraße sei aufgrund des Einbahnstraßencharakters schwierig.

BM **Manni** ergänzt, man stehe Fahrradstraßen nicht ablehnend gegenüber, man müsse aber

abwägen, weil auch das Thema Parkierung im Auge behalten werden müsse. Die Anregung der Kameraaufstellung zur Überprüfung der Grünphasen bei den Ampelschaltungen nehme man mit.

Wenn man anfangs Fahrradstraßen auszuweisen, solle man mit der Kaiserstraße beginnen, weil dort die Situation am gefährlichsten sei, teilt Stadträtin **Dr. Knoß** mit. Ein Verbot von Elterntaxis an dieser Stelle sei ebenfalls hilfreich.

Man müsse auch an ältere Fahrradfahrer, nicht nur an Schüler denken, teilt Stadtrat **Link** mit. Daher solle aus seiner Sicht auch die August-Bebel-Straße markiert werden.

Was den Schulradweg anbelange habe man in den vergangenen 4-6 Jahren seine Hausaufgaben nicht gemacht, führt Stadtrat **Zeltwanger** aus. Es sei viel diskutiert, aber bis jetzt nichts umgesetzt worden.

TOP 2

**Verbesserung Radachse Martin-Luther-Straße /
Kurfürstenstraße / Schulradweg BZW**

Vorl.Nr. 061/22

Die Beschlussvorlage sei ihr insgesamt zu offen, findet Stadträtin **Knecht**. Sie hätte sich eine konkretere Vorgehensweise gewünscht. Sie höre immer, dass alles machbar sei, es fehle aber am konkreten Plan mit entsprechender Umsetzung.

Stadtrat **Mayer** schlägt vor zur Abstimmung zu schreiten. Dann habe die Verwaltung einen Auftrag. Mehrheitlich sei die Auffassung, dass beide Maßnahmen zeitgleich umgesetzt werden sollen.

Stadtrat **Rothacker** entgegnet, in der Vorlage fehle der Schulradweg Albrechtstraße/Wernerstraße. Nur dann könne er abstimmen. Man habe schon häufig diskutiert, aber er habe noch nie eine detaillierte Planung dieses Schulradweges gesehen. Er befürchte daher bei einer heutigen Abstimmung, dass die Kurfürstenstraße umgebaut werde, man auf den sicheren Schulradweg aber weiter warten werden müsse. Es werde ein Vorlage benötigt, wie dieser sichere Schulradweg auszusehen habe.

Nach Aussprache ist sich das Gremium der Auffassung, dass die Schulradroute zum BZW über die Wernerstraße/Albrechtstraße und Rettiststraße bis zum Ende der Sommerferien möglichst zeitgleich zu der vorgestellten Basislösung (Martin-Luther-Straße / Kurfürstenstraße) ausgebaut werden soll. BM **Manni** formuliert und ergänzt den von der FDP vorgeschlagenen abweichenden Beschlussvorschlag.

Im Anschluss lässt er zunächst über diesen geänderten Beschlussvorschlag abstimmen (Ziffer 1). In einer getrennten Abstimmung lässt er anschließend über die Umsetzung der sog. Basislösung abstimmen (Ziffer 2).

Abschließend teilt er mit, ein konkreter Zeitplan mit Vorstellung der Maßnahmen werde in der nächsten Sitzung vorgestellt.

Beratungsverlauf:

Ein **Vertreter des Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)**, sowie der **Fachbereichsleiter Nachhaltige Mobilität** stellen anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) die Entwicklung des Stadttickets vor und beantworten Rückfragen des Gremiums.

Nach dem coronabedingten Einbruch haben sich die Fahrgastzahlen wieder erholt. So seien allein im Februar dieses Jahres 32.000 Stadttickets gelöst worden, mit denen an einem Tag beliebig viele Fahrten mit Bus und Bahn im Stadtgebiet möglich seien. Im gleichen Monat des Vorjahres seien es 24.400 gewesen. Derzeit können Einzelpersonen für drei Euro/Tag im Stadtgebiet mit Bus und Bahn fahren, Gruppen bis zu fünf Personen zahlen sechs Euro. Das könne sich zum kommenden Jahr aufgrund der steigenden Preise, unter anderem wegen des gestiegenen Dieselpreises für die Busunternehmen, ändern. Es müsse davon ausgegangen werden, dass die Preise in der nächsten Tarifrunde angepasst werden, teilt der **Vertreter des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS)** mit. Wie teuer die Fahrkarte werden soll, sei noch nicht klar.

Ebenso, ob die Erhöhung zum Januar oder zum April 2023 umgesetzt werde. Bis September solle klar sein, wie hoch der neue Preis ist. Danach müsse sich der Gemeinderat festlegen, ob er das Stadtticket weiterhin anbieten möchte. Der Preis für das Einzelticket, die Monats- und die Jahreskarte wurden schon erhöht. Zum Stadtticket bestehe daher eine gewisse Schieflage. Diese Schieflage sei durch Corona und dem damit verbundenen Trend zum Homeoffice verstärkt worden. Für viele Arbeitnehmer rechne sich Monats- und Jahresticket bei wenigen Tagen in Präsenz am Arbeitsplatz nicht mehr. Wer 23-mal im Monat ein Stadtticket löse, zahle immer noch weniger als für ein Monatsticket.

Stadtrat **Handel** führt aus, eine Nicht-Verteuerung sei angesichts der Preisentwicklung eine Verbilligung. Aus dem Stadtticket sei nun ein Homeoffice-Monatsticket geworden, stellt er fest. Insgesamt sei die Zunahme der verkauften Tickets eine gute Entwicklung. Er erkundigt sich, wie weit das 365 Euro Jugendticket gediehen sei.

Man wolle weiter machen, erklärt Stadtrat **Meyer**. Das Stadtticket sei ein Erfolgsmodell. Man könne als Ludwigsburger stolz darauf sein, das Stadtticket auf den Weg gebracht zu haben. Allerdings sei man an der Grenze der Bezahlbarkeit.

Seit der Einführung des Ludwigsburger Stadttickets im Jahr 2018 sei der Preis konstant geblieben, die Nachfrage wachse. Jedes verkaufte Ticket werde mit Steuergeld bezuschusst, teilt Stadtrat **Rothacker** mit. Er befürchtet, dass man sich dies irgendwann nicht mehr leisten könne. Man steure auf eine jährliche Subvention von 800.000 Euro zu und liege nun 30 Prozent über dem Betrag, den

man bei der Einführung beschlossen habe. Die hohe Bezuschussung werde im Haushalt schwer vermittelbar sein.

Er sei gespannt auf die Preisdiskussion im Herbst, führt Stadtrat **Maier** aus. Er räumt ein, dass Pendler, die jetzt kein Monatsticket mehr lösen, ein Problem seien. Bei der Kostenbewertung müsse man den Blick auf die Gesamtinvestitionen im Bereich Verkehrsinfrastruktur richten. Er könne den Schritt nachvollziehen und die Erhöhung verstehen, man müsse aber schauen, wo die Schmerzgrenze liege, damit das Ticket weiterhin attraktiv bleibe.

Auch Stadträtin **Knecht** zeigt sich erfreut über die gute Akzeptanz des Stadttickets, weist aber auch auf die Kehrseite hin. Je besser da Stadtticket angenommen werde, desto höher werde der Zuschuss durch die Stadt. Sie spricht sich dafür aus, dass die Stadt an diesem Angebot festhält und sich an der weiteren Finanzierung beteiligt. Sie appelliert aber auch in Richtung Land, mehr zu unterstützen. Die Regierung wolle den Mobilitätswechsel, dann könne sie die Kommunen nicht allein lassen. Weiter weist Stadträtin Knecht darauf hin, dass es für Schülerinnen und Schüler, die mit der Bahn pendeln problematisch sei, wenn zwischen 6 und 9 Uhr keine Fahrräder mitgenommen werden können.

Stadträtin **Schmidt** würde sich freuen, wenn der Ticketpreis beibehalten werden könnte.

Abschließend teilt der **Vertreter des Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)** mit, das 365 € Jugendticket komme zum 01.03.2023.

TOP 4

**Elektromobilität in Ludwigsburg - Aktueller Stand
- mündlicher Bericht**

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

In der Elektromobilität gebe es eine hohe Dynamik und eine rasante Entwicklung, merkt BM **Manni** einfühend in das Thema an.

Zwei Player gebe es in Ludwigsburg, zum einen die Stadtverwaltung und zum anderen die SWLB, führt der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität weiter aus. Er weist darauf hin, dass am 26.04.2022 ein Workshop gemeinsam mit der SWLB angeboten werde.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) stellt ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität den aktuellen Stand der Elektromobilitätsentwicklung in Ludwigsburg vor. In der Statistik können nur die in Ludwigsburg gemeldeten Fahrzeuge abgebildet werden. Die tatsächliche Anzahl liege weit darüber.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Clausen** will wissen, woher der Strom in den Ladesäulen komme, ob man zu 100% von

erneuerbaren Energien ausgehen könne und die Herkunft auf den Stationen angegeben sei. Beim Stadtmobil wünscht sie mehr E-Autos. Zudem fragt sie nach der Ausrüstung der städtischen Flotte und die Nutzung des RegioRads. Man sollte eine Verkehrsvermeidung anstreben. Weiter fragt sie nach Kalkulationen und Abschätzungen zur Reduktion der Emissionen im Rahmen des Klimaschutzes.

Stadtrat **Meyer** wünscht einen einfachen Bezahlvorgang. Er fragt nach den kritischen Punkten und deren Lösungsmöglichkeiten sowie einer Vereinheitlichung der Anbieter. Zudem interessiert ihn die Nutzung der E-Scooter und der Umgang mit Zuwiderhandlungen, sowie einem Bonussystem beim Abstellen der E-Scooter in Hubs.

Stadtrat **Rothacker** zeigt sich kritisch gegenüber der E-Mobilität. Unklar sei noch immer die Entsorgung der Batterien. Er setze mehr auf E-Fuels. Um Verschwendung von Steuergeldern handelt es sich seiner Meinung nach bei der staatlichen Prämie, mit welcher die Anschaffung von Elektrofahrzeugen bezuschusst wird und nennt ein privates Beispiel.

Wenn Subventionen gestrichen werden, werden auch Anschaffungen von Elektrofahrzeugen abnehmen. Hybridfahrzeuge machen einen großen Anteil in der gezeigten Statistik aus. Seiner Meinung nach müssen diese Fahrzeuge aus der Statistik ausgenommen werden. Die Ökobilanz der Elektrofahrzeuge sei schlecht.

Stadtrat **Zeltwanger** geht auf den Antrag seiner Fraktion zur Förderung der E-mobilität für Private ein. Er fragt nach den Voraussetzungen und gestalterischen Rahmenbedingungen um Lösungen anzubieten, so könne auch mit kleinen Autos ein Beitrag geleistet werden. Er wünscht zum RegioRad eine differenzierte Untersuchung für die Weststadt.

Stadtrat **Maier** fragt nach den städtischen Investitionen in die E-mobilität. Die Quersubvention erreiche hauptsächlich die Oberschicht, merkt er kritisch an. Das kostenfreie Parken und der Anreiz für die Investition müsse in die Diskussion zum ÖPNV einbezogen werden. Die Elektromobilität sei ein wichtiger Ergänzungsschritt. Die E-Scooter sehe er als spielerisches Experiment an.

TOP 4

**Elektromobilität in Ludwigsburg - Aktueller Stand
- mündlicher Bericht**

Vorl.Nr.

Für Stadträtin **Knecht** ist die Elektromobilität ein Teil der Mobilitätswende. Aufgrund der Lieferschwierigkeiten werde hier momentan gebremst. Die weiteren Kraftstoffe, wie E-Fuels müssen ebenso vorangetrieben werden. Sie kritisiert, dass es im Schlösslesfeld und in Eglosheim nicht genug Ladepunkte gebe. Teilweise würden die Kabel aus dem Fenster hängen und liegen auf den Gehwegen, moniert sie. Die hohen Subventionen und kostenloses Parken müsse diskutiert werden. Man müsse immer die gesamte Ökobilanz betrachten. Weiter geht sie auf die Überproduktion privater PV-Anlagen ein. Ungenutzter Strom solle E-Ladesäulen zur Verfügung gestellt werden. Hierzu wünscht sie eine Klärung, ob dies möglich sei. Zudem fragt sie nach dem Umgang mit zu langem Parken an Ladesäulen. Die E-Scooter seien für viele Bürger ein Ärgernis. Hier wünscht sie ebenfalls ein Bonussystem.

Stadträtin **Schmidt** sieht ebenso die E-Mobilität als einen Baustein zur Wende. Düster sehe sie die Prognose zum Anstieg der Gesamtzahl der Autos. Hier müsse angesetzt werden.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität geht auf die offenen Fragen ein. Die öffentlich zugänglichen Ladesäulen sind aus Förderprojekten entstanden und werden mit erneuerbaren Energien versorgt. Die städtische Flotte werde möglichst nach und nach elektrifiziert. Die Reichweitenangst müsse den Bürgern genommen und durch Öffentlichkeitsarbeit beraten werden. Nicht korrekt abgestellte E-Scooter sollen über den Mängelmeder oder direkt beim Anbieter gemeldet werden. Für die Hubs gebe es bereits einen Bonus. Außer dem kostenfreien Parken halten sich die Investitionen für die Stadt in Grenzen. Im Schlösslesfeld gebe es noch Versorgungslücken, räumt er ein. Er nehme dieses Thema mit. Im Zusammenhang mit dem dortigen Neubaugebiet Gämsenberg sollen diese geschlossen und öffentlich zugängliche Ladestationen errichtet werden. Wasserstofffahrzeuge werden ebenso als E-Autos geführt. In Ludwigsburg gebe es derzeit lediglich 3 Fahrzeuge und diese seien in der Statistik nicht aufgeführt. Die Frage zur Überlast für Ladesäulen werde an die SWLB weitergegeben. Für das Blockieren von Ladesäulen werde eine Gebühr erhoben.

Stadtrat **Link** fragt nach der Versicherungslage der E-Scooterbetreiber bei unkorrekter Abstellung und daraus erfolgten Unfällen.

Hierzu gebe es noch keine Rechtsprechung, so ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität. Prinzipiell sei der Betreiber versichert. Unfallverhütung werde künftig in der Ausschreibung berücksichtigt.

Die Verwaltung sei an der Auswahl der Stadtmobil-Fahrzeuge nicht beteiligt, so der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltig Mobilität. Eine zusätzliche Bezuschussung erfolge derzeit nicht. Die Nutzungsquote des Regio-Rad sei im Vergleich zu den E-Scootern sehr gering. Das Thema Fahrradverleih werde erneut im Gremium beraten.

BM **Manni** macht deutlich, dass er hier keinen Rückgang bei der Zahl der angemeldeten Autos erwarte. Insgesamt gehe man in Deutschland von einem abnehmenden Trend aus. Man lebe in Ludwigsburg in einer Wachstumsregion, gibt er zu bedenken und Mobilität spiele hier nach wie vor eine große Rolle. Er geht auf den angesprochenen Antrag der FW-Fraktion ein und teilt mit, dass dieser im Bauausschuss behandelt werde. Beim Workshop am 26.04.2022 werde umfangreich zum Thema informiert.

Baubeschluss

Der Nussackerweg zwischen der Teinacher Straße und der Markgröninger Straße wird entsprechend des Sanierungsvorschlags des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 335.000,- € werden genehmigt.

Vergabebeschluss

Lutz Krieg Straßen- und Tiefbau GmbH aus Möglingen erhält den Auftrag zur Durchführung der Straßenbauarbeiten im Nussackerweg. Grundlage des Auftrages ist das Angebot vom 08.03.2022.

Die Vergabesumme beträgt 335.000,- € inklusive Mehrwertsteuer und Unvorhergesehenes.

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,- € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Knecht

Beratungsverlauf:

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen erläutert die Vorlage.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** wünscht eine Verbesserung des Radweges und des festgelegten Schulweges im Zuge der Baumaßnahmen. Die Fußgängerampel zur Überquerung der Markgröninger Straße solle auch von den Radfahrern mit versetzten Drückern zu bedienen sein. Weiter bittet sie um Prüfung vorgezogener Gehwegnasen zur Verbesserung der Sichtverhältnisse. Die Kreuzung Nussackerweg/ Teinacher Straße sei gefährlich. Hier wünscht sie eine farbliche Markierung, um eine Verbesserung für die Radfahrer zu erreichen.

Stadtrat **Link** schließt sich der Vorrednerin an und wünscht ebenso Verbesserungen, insbesondere für den Schulradweg und den Kreuzungsbereich. Er könne sich auch einen Radstreifen an der Teinacher Straße vorstellen.

Stadträtin **Liepins** geht auf die Vorlage ein. Die eingebrachten Veränderungen seien nicht Gegenstand der Beratung und könnten heute nicht mitbeschlossen werden.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen zeigt sich von der Diskussion überrascht. Die Maßnahme sei bereits vorgestellt worden. In die Kreuzungsbereiche werde nicht eingegriffen. Im Gehwegbereich werde lediglich Breitband ausgebaut und punktuell werde der Kanal saniert. Der Hinweis zu einem Ampeldrucker werde geprüft. Die Anbringung einer farblichen Markierung eines Radweges sei auch nach der Maßnahme möglich.

Nach dieser Aussprache teilt BM **Manni** mit, dass eine mögliche Umsetzung der in der Aussprache vorgebrachten Hinweise, seitens der Stadtverwaltung geprüft werden. Sodann lässt er über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Entwurfsplanung des Büro Dreigrün Gross + Partner Landschaftsarchitekten mbB zur Sanierung der Tennisplätze, Erweiterung des Sportpark Süd-Ost wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der vorliegenden Planung und Kostenberechnung die Ausschreibung „Sanierung Tennisplätze“ vorzubereiten und durchzuführen.

Gemäß der Kostenberechnung zum Entwurf des Büro Dreigrün wird den Gesamtprojektkosten von insgesamt 560.000 Euro inkl. 19 % Mehrwertsteuer (Baukosten, Baunebenkosten und Unvorhergesehenes) zugestimmt. Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Knecht

Beratungsverlauf:

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen erläutert den Sachverhalt. Dieser Baustein sei unabhängig von der gesamten Maßnahme. Die Mittel seien im Haushalt eingestellt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache und wünscht in der Diskussion die Konzentration auf die Tennisplätze.

Das Konzept Sportpark Ost könne nicht wie geplant umgesetzt werden, so Stadträtin **Dr. Knoß**. Sie geht auf den ganzjährig bespielbaren Kunstrasenplatz mit Mikroplastik. Dies sei nicht umweltfreundlich - und die vergleichsweise eher geringe Nutzerzahl ein. Ihre Fraktion werde sich heute enthalten.

Die Tennisplätze wären ohnehin zur Sanierung angestanden, merkt Stadtrat **Klotz** an. Er wünscht eine Aufgliederung der Kosten für den angrenzenden Sportplatz. Die Tennisplätze seien unkritisch und er kann mit der Vorlage mitgehen.

Stadtrat **Rothacker** kritisiert die Argumentation der Grünen-Fraktion hinsichtlich der Kosten. Die Mittel stehen bereits im Haushalt. Er wird der Vorlage zustimmen und freut sich auf den Sportpark und über den Dreiklang Wohnen- Erholung- Sport.

Stadträtin **Liepins** betrachtet die Vorlage losgelöst vom Restkonzept und wird dieser zustimmen. Grundlegend wünscht sie zur Vorlage 044/22 mehr Information.

Stadträtin **Schmidt** signalisiert ebenso ihre Zustimmung.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Manni** über die Vorlage Beschluss fassen.

TOP 7

**Grünzug Riedgraben Eglosheim
- Entwurfs- und Baubeschluss**

Vorl.Nr. 104/22

Abweichender Beschluss:

Der Umgestaltung des Grünzugs Riedgraben in Eglosheim wird entsprechend der Entwurfsplanung des Landschaftsarchitekturbüros Planstatt Senner zugestimmt. *Bei einem Vororttermin wird die Entwurfsplanung abgestimmt.* Die Projektkosten von 974.280,00 € inkl. 19 % Mehrwertsteuer und ca. 15 % Unvorhergesehenem, auf der Grundlage der Kostenberechnung vom März 2022, werden genehmigt.

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Knecht

Beratungsverlauf:

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache. Er merkt an, dass der limitierende Faktor der Kostenrahmen sei.

Der Entwurf sei eng an der Ökologie ausgerichtet und die Planungen gut, so Stadtrat **Handel**. Die Etablierung der Feuchtwiese für Amphibien sei wichtiger als der versickernde Bachlauf. Der Feinschliff der Planung müsse mit den Akteuren vor Ort durchgesprochen werden. Nach dem Workshop könnten noch kleinere Änderungen vorgenommen werden. Auf dem Gelände liegende Betonteile und Zäune müssen noch entfernt werden. Er wünscht eine zügige Umsetzung der Maßnahme.

Stadtrat **Link** wird der Vorlage ebenso zustimmen. Er spricht die Baumschutzsatzung und den Erhalt der Bäume an. Die vorhandenen Eichen müssten stehen bleiben. Der Bürgerworkshop solle vor Ort stattfinden und rechtzeitig angekündigt werden. Die Ideen sollen noch in die Planungen einfließen

können. Weiter fragt er nach den Fördersummen.

Der Workshop sei wichtig und der Stadtteil solle eingebunden werden, merkt Stadtrat **Rothacker** an. Er werde der Vorlage zustimmen.

Die Eglosheimer freuen sich über die Umgestaltung, so Stadträtin **Liepins**. Sie bemängelt, dass der geplante Workshop noch nicht stattgefunden habe. Die Bürgerschaft, insbesondere der Stadteilausschuss, der OGV, der Bürgerverein solle einbezogen werden. Sie regt eine Ergänzung des Beschlussvorschlages um den Zusatz „bei einem Vororttermin wird die Entwurfsplanung abgestimmt“ an.

TOP 7

**Grünzug Riedgraben Eglosheim
- Entwurfs- und Baubeschluss**

Vorl.Nr. 104/22

Das Projekt sei schön und gut durchdacht, lobt Stadträtin **Schmidt** und signalisiert ihre Zustimmung. Sie wünscht ebenso eine Bürgerbeteiligung.

BM **Manni** erteilt einer Vertreterin des Stadteilausschusses das Wort. Das Gremium zeigt sich hiermit einig.

Der **Stadteilausschuss** bedankt sich für die Beteiligung und freut sich auf dieses Projekt. Lange habe man sich mit dieser Maßnahme beschäftigt. Die Bürger vor Ort kennen das soziale Umfeld, die Begebenheiten und das Gelände. Die soziale Kontrolle spiele eine große Rolle.

Die **Fachbereichsleitern** Tiefbau und Grünflächen dankt für das positive Feedback und geht auf die offenen Fragen ein. Die Baumschutzsatzung verpflichte und werde beachtet. Das Beteiligungsformat finde in einem Zweistufenplan statt. Die Verwaltung mache hierzu Terminvorschläge. Das Großprojekt sei zur Förderung eingereicht worden. Die maximale Fördersumme für diese Maßnahme betrage in etwa 426.000 Euro.

BM **Manni** lässt im Anschluss mit der oben eingefügten Ergänzung Beschluss fassen.

TOP 8

**Deponie Am Lemberg
- Informationen zu den Sanierungsarbeiten und
zur Oberflächenabdichtung
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) informieren **zwei Vertreter der Abfallverwertungsgesellschaft Ludwigsburg** (AVL) über die vorgesehenen Sanierungsarbeiten an der Deponie Am Lemberg und beantworten Rückfragen der Gremiumsmitglieder.

Im Anschluss beendet BM **Manni** die Sitzung.

Der ursprünglich vorgesehene nichtöffentliche Sitzungsteil entfällt.